



# TWT Gazette

August 2022

## Index

- 1 Stop the War (6) Falsche Außen- und Sicherheitspolitik / Wrong Foreign and Security Policies

About / Über

### TWT

- Trans World Technologies - is a commercial network with contacts and project experience in many countries around the globe. Besides consulting, project development and foreign marketing support TWT is observing, analyzing commenting and advising current economical, technological and political topics & trends.

Technology related Consulting, Strategic Communication (StratCom), Systems, Trade and Investment is typical TWT Business.

International & Intercultural.

TWT: Teaming Partner, Outsourcing Services & General Contracting Solutions

Independent, Globally Local & Universal

With special interest and expertise concerning

- Energy, Environment & Life Sciences
- Infrastructure & Construction
- Mobility, Aviation & Space
- National Security
- Research, Development und Production

TWT International c/o  
 TWT GmbH Trans World Technologies  
[www.twt-international.com](http://www.twt-international.com)  
[contact@twt-international.com](mailto:contact@twt-international.com)

*Any opinions expressed are those of the author(s), and do not necessarily reflect the views of all the TWT Network*

“Stop the War (6) - Die falsche Prägung unserer Außen- und Sicherheitspolitik verrät entscheidende Interessen unseres Landes zum Nachteil der Bevölkerung”

*„Ein Jahr nach dem Afghanistan-Debakel unterstreicht der Konflikt um und der Krieg in der Ukraine aktuell wieder einmal mehr die grundsätzlich falsche Ausrichtung unserer Außen- und Sicherheitspolitik.“*

Den Menschen in der Ukraine muss geholfen werden. Keine Frage! Dass Russland in unserem Sinn besser regiert werden sollte? Auch keine Frage. Aber wie dumm sind wir eigentlich, dass wir uns ohne Not Russland zum Gegner machen, uns in das eigene Fleisch schneiden, uns doktrinär anstatt pragmatisch verhalten sowie weder Exit- noch Vorwärtsstrategie zu Ende denken bevor wir handeln? Genauso haben wir Russland jetzt mit allen für uns negativen Konsequenzen verloren.

Wir haben den Einmarsch Russlands und den Krieg in der Ukraine verursacht auch wenn wir das nicht wahr haben wollen und die Entscheidung die Regierung in Moskau verantwortet.

Unter den negativen Auswirkungen leiden jetzt Viele. Heute allen voran Ukrainer und morgen, bzw. doch nicht schon heute bereits, auch wir?

Anstelle von glaubwürdiger Zurückhaltung, diplomatischer Vermittlung und Kooperationsangebot setzt im Westen eine von US NeoCon-Vorstellungen geprägte Mehrheit der verantwortlichen Amtsträgergeneration seit geraumer Zeit bereits immer stärker auf Krawall, Konflikt und Intervention.

In Wechselwirkung mit dieser Politik und aus Eigeninteresse hat sich die NATO so von einem ursprünglichen reinen Verteidigungs- zu einem offensiven Militärbündnis gewandelt.

Sie unterstützt bzw. teilweise bedingt sie auch heute eine, jetzt schon seit Jahrzehnten federführend durch die USA disruptiv ausgerichtete, negative und destruktive Außen- und Sicherheitspolitik.

Weil deren Erfolge über die letzten Jahrzehnte jedoch eher fragwürdig sind gehört diese Politik kritisch hinterfragt. Wie aktuell gerade jetzt auch in Deutschland propagiert, sie noch weiter auf Intervention auszurichten ist, gerade unter dem Hintergrund der durch sie bereits ausgelöst und noch weiter drohenden wirtschaftlichen und innenpolitischen negativen Entwicklungen, falsch.

Moderne Außen- und Sicherheitspolitik muss dem Frieden in der Nachbarschaft und der gesamten Welt verpflichtet sein. Als wichtigste Grundlage für Wohlstand muss sie für das eigene und möglichst alle anderen Völker Stabilität erzeugen und sichern. So haben wir das lange gemacht. Unsere Außen- und Sicherheitspolitik leistet das über die letzten Jahre bzw. Jahrzehnte jedoch immer weniger.

Das bedeutet sie ist falsch. Zuletzt emanzipiert war sie wahrscheinlich als Bundeskanzler Schröder der Irak-Krieg US-amerikanischen Koalition der Willigen die Gefolgschaft zu Recht verweigerte. Mit ein Grund warum Deutschland US-Regierungen seither gerne wieder ein Dorn im Auge ist und politische Forderungen an Deutschland erhöht wurden und werden.

Im Ergebnis jetzt haben uns unsere Außen- und Sicherheitspolitik zwischenzeitlich, quasi in blinder Gefolgschaft von fragwürdigen US-amerikanischen NeoCon-Vorstellungen, in den, vor allem wirtschaftlich begründeten, Konflikt der USA mit Russland hineingezogen. Sie haben

Europa, inklusive Deutschland, so nicht nur zu politischen Wettbewerbern sondern Gegnern bzw. bis hin zu wieder zu Feinden Russlands gemacht.

Anstatt Frieden und Stabilität zu wahren riskieren unsere Außen- und Sicherheitspolitik im Block unsere Errungenschaften hin zu einem geeinten Europa. Die Begründung „Die Freiheit Europas wird in der Ukraine verteidigt / entschieden“ ist genauso dumm und falsch wie der Afghanistan Krieg und damals dessen „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt“ Begründung.

Anstatt Realpolitik zu betreiben wird naiv-romantischer „Schwarz / Weiß“ Ideologie Vorschub geleistet. Russland und seine Regierung das Reich des Bösen und wir und unsere Regierungen die alleine Guten und Gerechten. Wer's glaubt wird selig.

Als Konsequenz daraus ist unsere Energiepartnerschaft mit Russland und unsere stabile Energie- wie auch Rohstoffversorgung auf dem Weg der Zerstörung und des Totalumbaus mit schlechten Aussichten für die Wirtschaft, den Wohlstand und damit vor allem den Bürger, den Familien und Kindern in Deutschland und anderswo in Europa. Nochmals; - das Alles ohne tatsächliche Not nur aufgrund vorauseilendem vermeintlichen Gehorsam zu vermeintlich gemeinsam mit den USA geteilten Werten unter vollkommener Außerachtlassung der unterschiedlichen Situation von uns und den USA im Verhältnis zu Russland.

Den Ukraine Krieg, so schlimm er auch ist, befrieden wir dadurch nicht. Im Gegenteil tut unsere US-amerikanisch angeführte falsche Außen- und Sicherpolitik alles dafür den Krieg zu befeuern. Bis einmal wieder hin zu historischen Fantasien Russland schlagen zu wollen und schlagen zu können. Es geht dabei weder um die Freiheit, die Demokratie noch andere hervorragend gute Werte. Es geht um Krawall, Konflikt und das US-amerikanische Interesse Russland, Deutschland und die EU sowie möglichst jeden anderen Staat in Konkurrenz zum globalen Machtanspruch der USA zu schwächen.

Die Ukraine ist dabei lediglich der hierfür geeignete Zankapfel und der

Konflikt, der jetzt ein heißer Krieg ist, das geeignete Mittel zum Zweck. Die vorangestellten Interessen der Ukraine sind so hart es klingen mag letztlich doch nur belanglos denn das Land, als Schlachtfeld der Großmächte benutzt, wird dadurch zerstört und Menschen auf allen Seiten geopfert, weil von Frieden zwar geredet aber dann doch zu wenig bis effektiv nichts getan wird.

Russland hat mit dem Einmarsch und dem Krieg um die Ukraine einen schweren Fehler begangen. Moralisch auf jeden Fall. Ansonsten gibt es je nach Standpunkt wie so üblich jede Menge unterschiedlicher Ansichten. Ursächliche Verantwortung und Schuld sind jedoch meist nicht nur einseitig. Wir haben an der Situation mit unserer Außen- und Sicherheitspolitik unseren Anteil daran.

Deshalb und weil sie über die letzten Jahrzehnte eben keine guten Ergebnisse mehr liefert (siehe Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, Mali etc.) ist sie falsch und Korrektur bedürftig. Sie ist es, die gerade den Bruch Europas, inklusive Deutschlands, mit Russland gestaltet und uns in größere Abhängigkeit zu den USA bringt, anstatt größtmögliche Freiheit und Kooperation egal mit wem, zu gewährleisten. Der nächste Bruch, nämlich der mit China, ist dabei eigentlich auch schon vorprogrammiert. Man sollte sich deshalb bei uns vielleicht doch endlich fragen, ob es in Europa, der EU und Deutschland nicht unsere eigene, undifferenzierte und USA-hörige Außen- und Sicherheitspolitik ist, welche die Freiheit Europas, der EU und Deutschlands weit mehr als Alles andere gefährdet.

Grundsätzlich zäumen wir das Pferd doch gerne meist von hinten auf. Wir stellen Menschenrechte, Freiheit und Demokratie dem Wohlstand, der Marktwirtschaft, der Kooperation und dem Frieden doktrinär voran. Das ist theoretisch an sich auch vollkommen schlüssig und schön aber realistisch-praktisch ist doch eher die Formel: Frieden ist Nährboden für Kooperation und Kooperation fördert Freiheit, die zu freier Marktwirtschaft und am ehesten zu Wohlstand als Nährboden für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, sowie Stabilität und damit wieder Frieden führt.

Deutschland soll wieder „international mehr Verantwortung übernehmen“. Gut,

aber dann bitte richtig mit guten anstatt lediglich als Erfüllungsgehilfe mit schlechten Ergebnissen so wie es z.B. gerade Afghanistan gezeigt hat bzw. jetzt der Krieg in der Ukraine, die drastischen Preiserhöhungen, die Inflation und die drohende Rezession es uns jetzt zeigen. Das sind doch die Ergebnisse, welche uns das bisher falsche außen- und sicherheitspolitische Verständnis von „international Verantwortung übernehmen“ gebracht hat. Nochmals; - falsches Verständnis deswegen weil es der von den US-amerikanischen NeoCons geprägten Schwarz / Weiß bzw. Licht / Dunkel bzw. Gut / Böse Regierungspolitik der USA ohne eigene Haltung bzw. Beachtung der eigenen Interessen einfach so hinterher läuft. Unsere Außen- und Sicherheitspolitik ist dadurch vor allem nicht mehr versöhnlich, konstruktiv und kooperativ ausgelegt. Sie ist tatsächlich zu oft offensiv, behrend und auf Intervention getrimmt, die zu schnell mit militärischen Mitteln als Ersatz von guter Diplomatie bzw. neues Allheilmittel der Politik betrieben wird.

Anstelle von positiven Eigenschaften wie Toleranz, Verständigung und Zusammenarbeit als Grundlage für Frieden, Freiheit, freie Marktwirtschaft Wohlstand, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ist unsere, die internationale Staatengemeinschaft anführende, westliche Politik immer stärker von Ego, Intoleranz, und Rechthaberei geprägt. Das sollten wir unbedingt wieder sein lassen und ändern. Denn es macht uns generell vermehrt unsympathisch und nimmt uns unsere Glaubwürdigkeit.

Frieden, Menschenrechte, Freiheit, Gerechtigkeit und andere Werte die wir als am wichtigsten und als unumstößlich richtig verstehen werden aufgrund unsere falschen Außen- und Sicherheitspolitik weltweit offensichtlich immer weniger bzw. immer seltener, so wie wir es uns wünschen, akzeptiert. Ein gutes Zusammen basiert auf Verständigung über gegenseitige Kompromisse. Es geht darum sich anzunähern ohne genau gleich sein zu müssen sowie Respekt vor dem Anderen.

Gerade Politik hat daher besonders die Aufgabe Vorbild zu sein, zu werben und so möglichst für Positionen

grundsätzlich zu überzeugen. Im Dialog geht das besser als im Monolog oder Streit bzw. einseitig belehrend oder gar zwingend. Während Belehrung tatsächlich überzeugen und Dinge ändern kann ist Zwang wenig erfolgreich, denn gesetzmäßig verursacht er leicht Ablehnung und typischerweise Gegendruck.

Unsere Außen- und Sicherheitspolitik steht allerdings immer mehr für solchen Zwang und entwickelt so immer schlechter positive Vorbildfunktion, die ansonsten aus sich heraus bisher Unentschlossene und Andersdenkende für unsere Werte und unsere Ordnung natürlich überzeugen und gewinnen konnte.

Unsere Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber Russland war und ist falsch weil sie gegen jeden gesunden Menschenverstand und entgegen wichtige unserer Interessen uns gegen Russland stellt. Sie war und ist falsch weil wir Russland nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt und es nicht genügend eingebunden haben, sondern statt dessen lieber ausbeuten, kritisieren und provozieren und in die Enge drängen. Dafür steht vor allen anderen Dingen die auch im Westen durchaus umstrittene NATO- und EU-Erweiterungspolitik (nicht nur Richtung Russland). Dafür steht unser zweierlei Maß bei der Zulassung sowie Bewertung unterschiedlicher legitimer Interessen. Dafür steht die westliche Motto-Politik „Der Westen darf das, Russland darf das nicht, muss dafür aber ...“ Dafür steht die westliche Sanktionspolitik welche Diplomatie schon lange nicht mehr flankiert sondern generell eher bestimmt und erstickt. Alles Teile unserer Außen- und Sicherheitspolitik die im Ergebnis jetzt zu einem heißen Konflikt, zu dem Krieg in der Ukraine, zu hohen und höchsten Energiepreisen, Inflation, hohen Verbraucherpreisen, Versorgungsengpässen und Aussicht auf Rezession, schwindenden Wohlstand, größerer atomarer Gefahren, weniger Stabilität und allgemeiner Kriegsgefahr auch bei uns geführt hat.

Ganz zu Schweigen von den Schäden und Opfer in der Ukraine.

Was ich damit sagen will ist, dass wir uns ehrlich machen und anstatt von „Weiter so“ bzw. „Jetzt noch mehr“ wichtige Korrekturen vornehmen

sollten, bei denen nicht mehr Konfrontation, „Regime-Change“, Waffenlieferungen mittels Kriegsführung in der Ukraine im Vordergrund stehen sollten, sondern ernsthaft die Befriedung.

Dazu gehören neben Wiederaufbauhilfen und Neutralitätsgarantien für die Ukraine Respekt auch gegenüber Russland, die klare Absage an Revanchismus sowie ein neues Partnerschaftsangebot Europas an Russland. Die Einbindung der USA gehört dazu, darf jedoch nicht entscheidend bleiben. Utopie muss das nur dann bleiben, wenn wir zulassen, dass sich die USA à la „America First“ unfair benimmt und sich dagegen stellt bzw. unsere Außen- und Sicherheitspolitik weiter wie bisher auf der aktuell falschen Linie bleibt.

Wir sollten dafür Sorge tragen, dass die EU bzw. Europa für sich alleine einen möglichst eigenen Block bilden. Allerdings einen Block, der nicht auf Konflikt und Ausgrenzung, sondern Offenheit sowie Kooperation setzt und überzeugend als Vorbild wirkt. Vor allem sollte unsere Außen- und Sicherheitspolitik künftig nicht mehr aufgeregt nur von einer Krise zur nächsten Krise hetzen, die großenteils selbstgemacht sind, sondern zu einer Politik der ruhigen Hand zurückkehren.

Dazu gehören auch wieder einmal Ideen für langfristige Ziele zur sofortigen positiven Ausstrahlung, Begeisterung und Bearbeitung. Deutschland, die EU, Europa, Russland, die Ukraine, die USA etc. wir alle müssen wieder einmal weg kommen von der Gedankenwelt einer Frau Nuland und ihrem, für ihren Typ Außen- und Sicherheitspolitiker, symbolhaften Ausspruch „F\*\*\* the EU“.

Der Konflikt um die Ukraine hat nicht erst mit dem Einmarsch Russlands und dem Krieg seit Ende Februar 2022 begonnen. Heiß wurde der Konflikt durch die westlichen Sanktionen und der Zerstörung von North Stream 2. Letzteres hat den Nerv der Regierung und Ihrer Unterstützer in Moskau vor allem getroffen. Nicht sosehr nur der tatsächliche Akt, sondern vielmehr auch der symbolische Charakter, dass die EU und insbesondere Deutschland dem politischen Druck der USA nachgeben und Deutschland trotz besonderer historischer Verantwortung aus den

Weltkriegen und der Wiedervereinigung tatsächlich bereit ist mit Russlands Regierung und damit tatsächlich mit Russland zu brechen. Bereits davor gab es über lange Zeit nach der wichtigen und richtigen Charta von Paris 1990 viele kleinere und größere Aktionen des Westens die in der politischen Klasse Russlands nach dem Motto „der Westen darf das – Russland wird es verwehrt“ mehrheitlich als Herabsetzung und ehrabschneidend empfunden wurden. Insbesondere die durchaus auch im Westen umstrittenen NATO- und EU-Osterweiterungen, ohne genügend nachhaltige Konsultationen und normativ belastbare positive Vereinbarungen mit Russland, haben ein gutes Verhältnis zu Russland untergraben und in Russland viel Vertrauen zerstört, so dass Russland ab 2008 die Charta von Paris nicht mehr ernst genommen hat.

Dabei ist genau sie weiterhin das Ziel was wir weiter modifiziert alle in Europa respektieren, erreichen und leben sollten.

Viele unsere politischen Akteure und Vertreter hatten und haben nur wenig Ahnung von Russland und den Russen. Von der Ukraine und den Ukrainern übrigens auch nicht. Beide Länder entsprechen bei weiten nicht westlichen Standards. Müssen sie auch nicht. Sie unbedingt dahin zwingen zu wollen ist von Grund auf falsche Außen- und Sicherheitspolitik. Genauso sie isoliert zu betrachten bzw. sie zum eigenen Vorteil gegeneinander ausspielen zu wollen. Genau das hat der Westen inklusive Deutschlands mit seiner Außen- und Sicherheitspolitik in den letzten Jahren jedoch getan.

Der russische Bär ist nicht einfach nur irgendeine Symbolfigur für das größte Land und die größte Atomwaffenmacht der Erde. In ihr steckt sehr viel von der Kultur, der Politik und dem Wesen Russlands und seiner Regierung. Das sollte man klugerweise immer beachten.

So war es zum Beispiel eine dumme politische Provokation der Obama Administration als der Präsident Russland öffentlich als Regionalmacht abstempelte und seinen Amtskollegen sowie die Regierung in Moskau damit unnötig provoziert hat. Oder sollte das Teil einer US-amerikanischen Staatsräson gewesen sein, die zum

heutigen Krieg und täglichen Sterben in der Ukraine beigetragen hat?

Überhaupt haben sich zu viele unserer entscheidenden Amtsträger offensichtlich zu wenig um Russland und seine Regierung bemüht. Oder wie kann es zum Beispiel sonst sein, dass ein dem Wesen nach an sich positiver Begriff wie „Russlandverstehler“ von der allgemeinen „Cancel-Culture“ vereinnahmt heute negativ belegt ist?

Russische Sprachkenntnisse, wie zum Beispiel die von Frau Merkel, waren bei Gesprächen sicher nützlich aber nicht automatisch Gewähr für gute, konstruktive politische Verständigung. Sonst hätte es sicher nicht den Hundezwischenfall gegeben bzw. das Minsker Abkommen hätte besser sein müssen.

Gut war das Verhältnis westlicher Amtsträger zu Präsident Putin nur selten. Man sollte deshalb lieber nehmen was man kriegen kann. Das gilt insbesondere für das freundschaftliche Verhältnis zwischen Staatspräsident Putin und Bundeskanzler a.D. Gerhard Schröder. Eigentlich ein Glücksfall für ein Land und jede Regierung, wenn, zusätzlich zu den offiziellen Wegen, so ein inoffizieller Kommunikationskanal besteht. Noch wichtiger sogar immer dann, wenn die offiziellen Gespräche einfrieren. Das sollte eigentlich gesunder Menschenverstand sein. In der SPD scheint es jedoch wieder einmal so viel Neid und Missgunst wie eh und je zu geben. Anstatt froh zu sein gibt man lieber à la Schildbürgerstreich das Theater „Parteiausschlussverfahren gegen einen Bundeskanzler a.D. der Bundesrepublik Deutschland“. Ein Affront, nicht nur gegen den Mann, der Deutschland vor dem Irak-Krieg bewahrt hat, sondern letztlich gegen jeden, den Staat und die Institution schätzenden, vernünftigen Bürger.

Die unter der Führung Deutschlands handwerklich schlecht gemachten Beitrittsgespräche der EU mit der Ukraine haben das Verhältnis mit Russland weiter beschädigt. Deren Scheitern bleibt mit ursächlich für den Aufstand gegen die gewählte Regierung von Präsident Janukowitsch und dessen Angstflucht, die dann zur vollends politischen Instabilität der Ukraine geführt hat.

Dem Verhältnis weiter abträglich war dann in der Folge, dass sich Deutschland, die EU und die USA von außen dann noch offen in die inneren Angelegenheiten der Ukraine eingemischt haben und gegen die Interessen Russlands entsprechend westlicher Außen- und Sicherheitspolitik eine Regierung von US-amerikanischen Gnaden „installiert“ wurde.

Wir erinnern nochmals an Frau Nuland, die heute in der Biden Administration belohnt wieder führend die Ukraine-Politik der USA verantwortet und disruptive NeoCon-Vorstellungen voran treibt.

In der Gemengelage muss die Frage erlaubt sein, ob es in unserer, weiterhin maßgeblich von US-amerikanischen NeoCon Vorstellungen geprägten, Außen- und Sicherheitspolitik überhaupt noch einen Primat-Anspruch auf Frieden gibt.

Gerade auch in Bezug auf den Konflikt um die und den Krieg in der Ukraine sowie alles was darum herum passiert gilt, wie historisch schon immer, die Frage „Cui Bono“ – wem nützt das eigentlich alles? Wahrscheinlich nur sehr kleinen und sich auch noch als elitär verstehenden, unterschiedlichen Cliques von letztlich nur sehr wenigen Machern und den in deren Welt gefangenen Mitläufern. Denn was die Mehrheit der Menschen in der Welt von diesem auf die Spitze getriebenen Konflikt haben soll erschließt sich - zumindest mir - nicht. Egal ob in der Ukraine, in Russland, der EU, den USA, China oder sonst wo auf der Welt verliert die Mehrzahl der Leute durch den, aufgrund einer künstlich herbeigeredeteten neuen Blockbildung, in der Ukraine ausgetragenen Konflikt. Ein Konflikt weniger zwischen der Ukraine und Russland als primär zwischen den USA und Russland. Schon Ende der 1990ziger Jahre, eigentlich nach der Zeit des Kalten Krieges, aus vielen Gründen wieder geboren, genährt durch Enttäuschungen, Misstrauen, Ängsten und vor allem auch Agitation auf beiden Seiten. Der Zerfall der Sowjetunion hat keine „lupenreinen“ Demokraten und Demokratien hervorgebracht. Wer das forderte und weiterhin fordert hat Recht, muss jedoch auch realistisch bleiben und sollte nicht ins Naiv-Romantische oder Gefährliche verfallen. Erfahrungsgemäß erfolgen staatliche nachhaltige

Veränderungen nur von innen heraus und benötigen neben Zeit vor allem auch den nationalen Willen.

Krieg ohne Ursache gibt es jedenfalls nicht und einseitige Verantwortung kaum. Die Besetzung der Krim durch Russland war und bleibt ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu dem aktuellen heißen Konflikt und Krieg. Wie bei anderen Gelegenheiten auch der Westen - z.B. im Kosovo – so hat Russland hierbei gegen das Völkerrecht verstoßen. Keine Frage. Möglicherweise von langer Hand geplant hat Russland damit vor allem seine militärischen Interessen gegen den Westen geschützt. Denn sehr wahrscheinlich hätten sonst nur kurze Zeit später die ersten US- und NATO Kriegsschiffe in Häfen der Krim fest gemacht. Ohne Frage, genauso wie jetzt in der Ukraine der Krieg, schon damals ein schlecht gemachter russischer Einmarsch. Russland hätte auf der Krim offen mit Hoheitszeichen und mit typisch westlichem Narrativ ausgewiesen als Schutztruppe für die Autonomie der Krim, anstatt mit anonymen „Grünen Männchen“ (dummfeige) versteckt, offen auftreten müssen. Zurückblickend muss einem auffallen, dass seit der Krim-Besetzung nach 2014 bis zum Februar 2022 nicht nur die Sanktionen des Westens sondern auch die Wortwahl des Westens gegenüber der Regierung in Moskau die Spannungen besonders geschürt haben und wohl auch ganz bewusst schüren sollten. Dabei sollte es gerade im Amt eigentlich schlechter Stil, jedoch vor allem unklug und unprofessionell sein, Kollegen verbal herabzusetzen. In der Zivilgesellschaft zum Beispiel am Arbeitsplatz wird so etwas schon lange nicht mehr toleriert. Unsere Außen- und Sicherheitspolitik sowie viele unserer Medien haben genau das jedoch getan: „Regime in Moskau“, „Putin-Regime“, „Diktatur in Moskau“ etc. sind Begriffe die polemisch und für den politischen Dialog nicht förderlich sind. Gleichsam fragwürdig ist, dass unserer Seite unklug einseitig den NATO-Russland Rat als Dialog-Plattform abgeschaltet hat. Beleidigt und wohl auch bestrafen wollend wurden grundsätzlich politische Besuche und Treffen auf ein Minimum runter gefahren und die Dialogfähigkeiten so nachhaltig negativ beeinträchtigt. Vollkommen unprofessionell emotional und unverständlich, denn gerade in Krisenzeiten müssen Gespräche noch

intensiver gepflegt werden. Noch stärker hat die Sanktionspolitik das Vertrauen untergraben und den Dialog zerstört. Gewirkt hat sie wenig, denn Russland ist ein Land, das sich selbst als vollkommen autark und bis zur Selbstaufgabe leidensfähig ansieht. Geschadet haben und schaden die Sanktionen weiter vor allem uns selbst. Den tatsächlichen Bruch mit Russland manifestieren und zementieren letztlich jedoch die seit dem Einmarsch Russlands jetzt offenen westlichen Waffenlieferungen an die Ukraine. Die USA haben spätestens ab 2014 wenn nicht sogar schon vorher damit angefangen die Ukraine zu rüsten und für einen NATO Beitritt der Ukraine gegen die Interessen Russlands gearbeitet. Dass dies nicht gut gehen konnte kann nicht überraschen. Überraschend ist lediglich das bewusste Spiel mit dem Feuer. Die Quittung von allem ist der Krieg jetzt. Genauso wie der Mangel, die Verbraucherinflation und die drohende Rezession. Alles letztlich unnötig aber auch hausgemacht aufgrund falscher Außen- und Sicherheitspolitik. Nicht nur bei uns, auch in Russland, jedoch besonders bei uns.

Ein bekannter Schriftsteller hat einmal in etwa so formuliert: „Das Ur-Gefühl der Menschheit, die Zugehörigkeit, die Schicksalsgemeinschaft aller Völker, das ist dann verloren, das ist dann begraben, wenn wir zulassen, dass mit Waffen mehr verdient werden kann als mit Brot.“ Die Bundesregierung, insbesondere Bundeskanzler Olaf Scholz, hat sich richtigerweise lange gegen Waffenlieferungen gewehrt, denn die Lieferung von Waffen in Konfliktgebiete bzw. heiße Kriegsgebiete waren im Nachkriegsdeutschland aus gutem Grund tabu. Leider anscheinend ab sofort nicht mehr. Das ist klar erkennbar eine Fehlentwicklung und damit falsch, denn Krieg, egal welcher Natur, ist Scheiße und kaum kontrollierbar. Wir liefern Waffen die gegen Russland eingesetzt werden und wundern bzw. beschweren uns dann, dass Russland kaum noch Motivation hat Deutschland und andere Länder des Westens mit Gas zu beliefern. Es zeigt, dass wir Russland eben nur wenig verstehen, und dass ist als erstes unser Fehler und das unserer falschen Außen- und Sicherheitspolitik.

Nicht einmal ein Jahr nach dem Afghanistan Debakel hat die Welt

offensichtlich überhaupt nichts dazu gelernt. Das gilt für den sogenannten Westen genauso wie für Russland, China als anscheinend auch für viele andere Regierungen.

Kriegswaffen im Einsatz treffen immer Unschuldige auf allen Seiten. Sie zu liefern befriedet eher selten. Im Gegenteil erfahrungsgemäß befeuern sie den Kampf nur.

Ich gehe sogar noch weiter: Taliban Kämpfer, quasi zu Fuß, ohne besondere Ausrüstung, haben uns und der Welt gerade erst letztes Jahr bewiesen, dass modernste konventionelle Truppen gegen einen Gegner jahrzehntlang nicht gewinnen können, wenn dieser motiviert, mit Durchhaltewillen auf und für eigenen Boden kämpft. Konventionelle Kriegsführung ist aus vielerlei unterschiedlichen Gründen deshalb eigentlich am Ende und sollte außer zur Abschreckung nicht mehr Option sein.

Gute Außen- und Sicherheitspolitik geht auf jeden Fall anders. Das gilt nicht nur für uns sondern natürlich auch für Russland. Es ist dabei allerdings viel behäbiger und war die letzten Jahrzehnte letztlich viel weniger einflussreich und offensiv unterwegs als wir.

Russland versagt mit seinem falschen Einmarsch und Angriffskrieg. Sicherheitspolitisch durchaus erklärbar haben sie Russland außenpolitisch bereits geschadet auch wenn man es dort nicht zugeben möchte. Konventionell ist der Krieg bereits zum Stellungs- und Abnutzungskrieg geworden. Vor allem hat sich Russland ins unrecht gesetzt. Das haben wir und unsere Verbündeten allerdings auch schon manchmal getan. Entscheidend ist es aus der schlechten Situation wieder heraus zukommen und zwar so, dass es für alle Beteiligten akzeptabel und gut ist. Präsident Putin, seine Regierung und damit tatsächlich auch die russische Bevölkerung in die Ecke drängen zu wollen, so wie wir es gerade tun, ist wieder schlechte Außen- und Sicherheitspolitik. Sie wird eher zu Radikalisierung als zu Frieden führen. Unsere Außen- und Sicherheitspolitik sollte im Gegenentwurf zu den Waffenlieferungen Präsident Putin, seiner Regierung, seinen Unterstützern sowie der Bevölkerung insgesamt besser eine Exit-Strategie ohne Revanchismus aufzeigen.

Die Ukraine hat ohne Frage das Recht sich gegen den Überfall Russlands zu verteidigen. Je länger jedoch die Verteidigung dauert, ohne eine Entscheidung zu bringen umso mehr Schaden nehmen Land und Leute. Anstatt mit westlichen Waffen wäre auch der Ukraine deshalb mit unverzüglicher und überzeugender Friedensdiplomatie des Westens, allen voran der USA, der EU und insbesondere Deutschlands, gegenüber Russland besser geholfen.

Unsere falsche Außen- und Sicherheitspolitik hat jedoch unsere Glaubwürdigkeit als neutrales Element und Mediator unterschiedlicher Interessen zerstört. Das ist nochmal extra schlecht, denn den Job müssen wir damit jetzt zwangsläufig anderen überlassen. So hat unsere falsche Außen- und Sicherheitspolitik uns nochmals zusätzlich geschwächt.

Offiziell sind wir zwar keine Kriegspartei aber wir haben uns parteiisch auf die Seite der Ukraine und uns zuletzt mit unseren Waffen und anderen Militärhilfen fraglos gegen die russische Regierung und damit Russland gestellt. Jede Differenzierung dazu ist in der Situation lediglich semantischer Natur.

Vergleiche hinken und trotzdem kann man sich manchmal schon fragen, ob die immer schon grundsätzlich falsche ehemalige Wilhelm II Maxime „Am Deutschen Wesen soll die Welt genesen“ im übertragenden Sinn heute nicht besser auf die USA passt?

Deutschland, seine Wirtschaft, seine Bevölkerung und unter anderem gerade auch die Klimaschutzpläne seiner Regierung sind von der falschen Außen- und Sicherheitspolitik besonders negativ betroffen. Ohne tatsächliche Not wird außen- und sicherheitspolitisch bei uns gerade der hart erarbeitete Wohlstand und damit die Grundlage der so wichtigen Stabilität verspielt und in schlechte Zukunftsaussichten getauscht. Verantwortlich dafür ist alleine unsere Außen- und Sicherheitspolitik. Sie ist ursächlich dafür, dass sich 2022 unsere sichere Energieversorgung quasi über Nacht in Luft aufgelöst hat. Sie ist verantwortlich für die bereits ersten angekommenen negativen Auswirkungen für den Bürger, unsere

Gesellschaft, unseren Staat und unser Land. Spüren werden wir das Inflationsgespenst und Rezession jedoch wahrscheinlich erst so richtig ab 2023. Man muss es immer wieder sagen: Die Außen- und Sicherheitspolitischen Schlussfolgerungen und Entschlüsse seit 9/11 waren großen teils falsch, romantisch-naiv und ihre aktuellen gedanklichen und tatsächlichen Weiterentwicklungen sind noch negativer, Risiko behafteter und gefährlicher denn je.

Gerade der Ukraine Krieg ist nochmals eben trauriger Beleg dafür, dass die den USA nachfolgende Außen- und Sicherheitspolitik der EU, inklusive Deutschlands, seit 9/11 mehr oder weniger in die falsche Richtung läuft. Dieser aktuelle Krieg, der eine direkte Funktion dieser Politik ist, wird jetzt auch noch ausgenutzt um den falschen Weg nicht nur zu festigen, sondern möglichst auch noch auszuweiten. Dabei wird nicht einmal gesagt, was damit in der Perspektive in Großen und Ganzen eigentlich erreicht werden soll. Jegliche Überlegung über sinnvolle weitreichende Zielsetzungen wird von kleinteiliger Diskussion überlagert und zunichte gemacht.

In der Politik, in den Medien und ja vielleicht auch in Teilen der Gesellschaft scheint es geradezu eine Lust am Krieg und der Diskussion darüber zu geben. Zwar wird die Notwendigkeit von Frieden dabei auch immer wieder gerne zitiert aber die Diskussion wie er zu erreichen ist steht nur selten an erster Stelle oder sie fällt schnell unter Tisch.

Vor dem Überfall Russlands war die Ukraine tatsächlich ein „Failed State“ mit mafiotischen Oligarchen sowie korrupter Politik, Verwaltung und Justiz dessen Bevölkerung wir zwar großenteils wie die Russlands sympathisch finden, die aber dennoch weit von uns entfernt ist. Das ignorieren wir jetzt einfach bzw. machen unseriöse und letztlich provokative neue Beitrittsangebote die den Konflikt eher anfeuern anstatt ihn zu befrieden. Wir preschen mit Versprechungen unnötig vor ohne überhaupt überlegt zu haben was sie letztlich bedeuten sollen, wie sie uns möglicherweise schaden und ob wir sie überhaupt halten können.

Widerspruch gegen die falsche Außen- und Sicherheitspolitik der wir folgen und

der wir künftig noch stärker folgen sollen ist deshalb gerade jetzt nochmals besonders wichtig.

Der Mensch möchte mehrheitlich eigentlich nur seine Ruhe haben und in Frieden sein Leben mit möglichst vielen Wohlstandsperspektiven leben können. Der Eingriff seitens Fremder und insbesondere Institutionen soll so gering wie möglich sein.

Institutionen dagegen funktionieren anders. Sie folgen dem Prinzip der sich selbst erfüllenden Prophezeiung und entfalten ihre Macht durch Einmischung und Unterwerfung.

Als Gesellschaft gehen wir wie auch jede Andere davon aus, dass wir richtig liegen und nur Gutes für uns und die jeweils Anderen wollen und tun.

Das ist das eigentliche Mandat an jede Außen- und Sicherheitspolitik.

Philosophen sagen: „Wir werden zugrunde gehen an unserer eigenen Größe.“

In den großspurigen, falschen Ambitionen unsere aktuellen Außen- und Sicherheitspolitik liegt auf jeden Fall diese Gefahr. Sie ist es die unsere Energieversorgung, unsere Wirtschaft, unseren Wohlstand, unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt und damit unsere Stabilität und Friedensgrundlage in Grund und Boden fährt und damit entscheidende Interessen unseres Landes zum Nachteil der Bevölkerung verrät. Es bleibt nur zu hoffen und daran zu arbeiten, dass hier schnellstmöglich Vernunft einkehrt und parteiübergreifend entsprechend politisches Umdenken und Handeln erfolgt.

Die EU ist fraglos lange ein besonders erfolgreicher Staatenbund gewesen. Bis heute und hoffentlich auch in der Zukunft zeichnet sich die EU deshalb letztlich als viel zitiertes „erfolgreiches Friedensprojekt“ aus. Sie ist nicht nur für ihre Mitglieder ein Stabilitätsanker und von Nutzen, sondern ihr Erfolg bzw. auch möglicher Misserfolg hat Strahlkraft auf die Welt und die Menschheit insgesamt.

Der Sieg über Nazi-Deutschland und der US-Marshall-Plan sowie der Wunsch der Mehrheit der Menschen nach Frieden

und Wohlstand haben besonders das Fundament für den Erfolg der EU gebildet. Dafür bleiben wir den USA verbunden. Das Primat wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit seinen guten Ergebnissen hat die europäische Idee greifbar gemacht und ist bis heute eine von zwei der wichtigsten Grundlagen des Erfolges der EU. Deutschland ist ein wichtiger Anker der EU. Nicht nur wegen seiner Größe und Lage sondern auch vor allem wegen seines Wohlstands den es exportiert und teilt. Aufgrund seiner Geschichte hat es besondere Verantwortung und darf seine Glaubwürdigkeit als Friedenspartner gerade auch gegenüber Russland nicht so einfach aufgeben. Russland ist und bleibt unser größter Nachbar was uns gleichfalls verbindet. Deutschland und die anderen EU Mitglieder sollten sich außen- und sicherheitspolitisch emanzipieren und anstatt Konfrontation zu suchen strategisch schnellstens wieder auf den Pfad der Kooperation wechseln. Russland muss wieder eingebunden werden, seine Fehler anerkennen und heilen. Der Ukraine muss von allen Seiten geholfen werden. Frieden, Versöhnung, Ausgleich und eine bessere Zukunft muss das gemeinsame Dach werden. Ausgehend von Europa sollte es in der Welt keine neuen Mauern mehr geben und bestehende eingerissen werden.

Das geeignete politische Instrument hierzu besteht eigentlich schon. Man müsste lediglich erreichen, dass wir gemeinsam zur Charta von Paris von 1990 zurückkehren, sie als Basis verstehen, sie möglicherweise in langen Verhandlungen modifizieren bis wieder ein neuer Kompromiss gefunden ist und über vor allem, dass über die dann neue Norm Übereinstimmung herrscht und dass sie Bestand hat. Die grundsätzliche Programmatik der Charta von Paris mit dem Dreiklang von Demokratie, Marktwirtschaft und Kooperation ist auf jeden Fall besser als das was unsere Außen- und Sicherheitspolitik aktuell tatsächlich leistet. Im Rahmen der Klimapolitik ist weltweit der Ausstieg aus Gas sicher richtig aber er muss im Rahmen einer vernünftigen Energiewende koordiniert mit Respekt und Augenmaß und nicht wie jetzt in Europa und insbesondere Deutschland krawallig gegen die Wirtschaft und die Menschen aller Seiten. *Dirk P. Schneider*